

Höhenflug des Ölpreises überschattet Konjunktur



Eckhardt Wohlers

Die konjunkturelle Situation in Deutschland scheint so günstig wie lange nicht mehr. Die Wirtschaft befindet sich seit nunmehr anderthalb Jahren in einem kräftigen Aufschwung. Triebfeder ist der Export, der von der zügig expandierenden Weltkonjunktur und der Abwertung des Euro starke Impulse erhält. Im Gefolge des Exportbooms hat auch die Binnennachfrage an Fahrt gewonnen. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der Beschäftigten ist im Laufe dieses Jahres – bedingt auch durch Sonderfaktoren – beträchtlich gestiegen, und die Zahl der Arbeitslosen ist merklich gesunken. Als Folge der Ölpreisexlosion und der Euro-Schwäche hat sich allerdings der Preisauftrieb verstärkt; im September erreichte die Inflationsrate mit 2,5% einen neuen Höchststand.

In letzter Zeit zeigen sich aber einige Wolken am Konjunkturhimmel. So hat sich das Geschäftsklima in der Industrie in den vergangenen Monaten als Folge ungünstigerer Produktionserwartungen spürbar eingetrübt. Überdies blicken auch die Konsumenten seit kurzem weniger optimistisch in die Zukunft. Die Eintrübung der Erwartungen bei Verbrauchern und Unternehmen beschränkt sich nicht nur auf Deutschland, sie zeigt sich auch in anderen EWU-Ländern. Offensichtlich schlagen nun die dämpfenden Einflüsse des Ölpreisschocks mehr und mehr durch, die bisher von den stimulierenden Einflüssen der boomenden Weltkonjunktur und der Abwertung des Euro überspielt worden waren.

Vom Höhenflug des Ölpreises gehen in mehrfacher Hinsicht retardierende Einflüsse auf die Konjunktur in Deutschland aus. Die drastische Verteuerung des Imports von Öl und Ölprodukten führt zu einer Verstärkung des Preisauftriebs und schwächt so die Kaufkraft der privaten Haushalte. Der Preisdruck von den internationalen Rohstoffmärkten wird noch verstärkt durch die Abwertung des Euro; rund ein Drittel des Anstiegs des Rohölpreises in D-Mark seit Anfang 1999 geht auf das Konto der Euro-Schwäche. Über die Dämpfung der Binnennachfrage in den ölimportierenden Ländern wird überdies der Export in Mitleidenschaft gezogen. Über ungünstigere Absatzperspektiven im In- und Ausland wird schließlich auch die Investitionsneigung der Unternehmen beeinträchtigt. Zwar verbessern sich durch den Ölpreisanstieg die Absatzperspektiven in den ölexportierenden Ländern. Das „Recycling“ der Petrodollars benötigt aber erfahrungsgemäß einige Zeit. Zudem werden die Ölländer einen Teil ihrer Exporterlöse zur Verringerung ihrer in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Auslandsschulden nutzen.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute kommen in ihrem Ende Oktober vorgelegten Herbstgutachten zu dem Ergebnis, dass sich die deutsche Ölrechnung, gemessen am Wert der Einfuhr von Öl und Ölprodukten, in diesem Jahr um rund 33 Mrd. DM erhöhen wird; das entspricht reichlich einem Dreiviertel Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. In den beiden Jahren 1999 und 2000 zusammengenommen beträgt der Einkommenstransfer an die ölexportierenden Länder ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Gesamteffekt ist sogar noch größer, da in der reinen Ölrechnung die Einfuhr von Gas noch nicht berücksichtigt ist, die sich im Gefolge des Ölpreisanstiegs ebenfalls massiv verteuert hat. Der von der Er-

höhung der Ölrechnung und dem damit verbundenen Einkommenstransfer an die Ölexportländer ausgehende dämpfende Impuls ist zwar beachtlich. Eine gravierende Beeinträchtigung der Konjunktur oder sogar ein Abgleiten in eine Rezession wie nach den beiden Ölpreisschocks in den siebziger Jahren erwarten die Institute gleichwohl nicht.

Pessimismus erscheint aus mehreren Gründen nicht angebracht. So ist der unmittelbare dämpfende Effekt diesmal deutlich schwächer; in den Jahren 1973/74 und 1979/80 war er jeweils mehr als doppelt so stark. Zudem hat der neuerliche Ölpreisschock Deutschland wie auch den Euro-Raum insgesamt in einer Aufschwungsphase mit annähernder Preisstabilität getroffen. Der gravierendste Unterschied zu den Ölpreiskrisen der siebziger Jahre ist aber zweifellos darin zu sehen, dass diesmal die Gefahr inflationsfördernder „Zweitrunderffekte“ relativ gering ist. Insbesondere ist es nicht zu einem Übergreifen auf die Lohnentwicklung gekommen. In Deutschland fallen die Lohnsteigerungen in diesem Jahr sogar etwas niedriger aus als 1999, und auch für das nächste Jahr ist nach den bereits vorliegenden, die Lohnentwicklung bis weit in das nächste Jahr hinein bindenden Tarifabschlüssen mit moderaten Lohnsteigerungen zu rechnen. Ähnliches gilt auch für andere Länder des Euro-raums. Die moderate Lohnentwicklung lässt hoffen, dass sich der außenwirtschaftlich bedingte Preisanstieg nicht verfestigt.

Alles in allem wird die Konjunktur in Deutschland im kommenden Jahr zwar in der Grundtendenz spürbar an Fahrt verlieren. Gründe dafür sind neben dem hohen Ölpreis das nicht mehr so günstige weltwirtschaftliche Umfeld, nachlassende Anregungen aus der Euro-Abwertung und die straffere Geldpolitik der EZB. Dem stehen aber beträchtliche Anregungen als Folge der „Steuerreform 2000“ gegenüber. Die vorgesehenen steuerlichen Entlastungen für private Haushalte und Unternehmen belaufen sich für 2001 auf rund 45 Mrd. DM; mit 1,1% des Bruttoinlandsprodukts sind sie rein rechnerisch sogar größer als der unmittelbare dämpfende Effekt der Ölverteuerung. Unter konjunkturellen Aspekten kommt die „Steuerreform 2000“ somit – wenn auch unbeabsichtigt – zum richtigen Zeitpunkt. Die Institute erwarten deshalb für das Jahr 2001 trotz schwächerer konjunktureller Grundtendenz noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,7%, nach 3,0% in diesem Jahr. Dabei wird sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verbessern; die Arbeitslosenquote wird auf 8,5% sinken. Bei alledem ist unterstellt, dass der Ölpreis im nächsten Jahr wieder auf 25 \$/Barrel sinkt und dass sich der Euro-Kurs stabilisiert. Unter diesen Bedingungen wird die Inflationsrate im Laufe des Jahres 2001 bei nur wenig steigenden Lohnstückkosten die Marke von 2% wieder unterschreiten. Die Annahme eines im kommenden Jahr wieder sinkenden Ölpreises ist allerdings schon angesichts der anhaltenden Unruhen im Nahen Osten mit erheblichen Risiken behaftet.

Der Unmut über die hohen Ölpreise hat auch die Regierung aufgeschreckt. Akuter Handlungsbedarf besteht aus Sicht der Institute aber nicht. Den Einkommenstransfer an die Ölländer können die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht verhindern. Sie sollten aber alles vermeiden, was die notwendigen Anpassungsprozesse behindern und die Situation verschärfen könnte. So sollte die Geldpolitik den durch die Ölverteuerung verursachten Anstieg der Inflationsrate hinnehmen und die Zügel nicht noch weiter anziehen; für weitere Leitzinserhöhungen gibt es derzeit keinen Grund. Die Lohnpolitik muß akzeptieren, dass sich der Verteilungsspielraum aufgrund des Ölpreisanstiegs deutlich verringert hat, auch wenn dies den Beschäftigten nicht leicht zu vermitteln ist. Angesichts der drastischen Energieverteuerung ist auch die Diskussion um die Ökosteuer wieder aufgeflammt. Eine Aussetzung der für das Jahr 2001 vorgesehenen dritten Stufe oder eine Senkung der Mineralölsteuer als Reaktion auf den Ölpreisanstieg wäre aber wenig sinnvoll, schon weil lediglich die Belastung von den Energieverbrauchern auf die Allgemeinheit umverteilt würde. Die Institute sprechen sich deshalb dafür aus, das Ökosteuerkonzept wie vorgesehen umzusetzen. Das bedeutet freilich nicht, dass sie das derzeitige Konzept für richtig halten. Sie sehen im Gegenteil grundlegende Mängel; so wird nicht zuletzt die Koppelung umweltpolitischer Ziele mit dem Ziel der Senkung der Rentenbeiträge kritisiert. Die gegenwärtige Diskussion sollte deshalb zum Anlass genommen werden, das Konzept grundlegend zu überarbeiten.